Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Bezirksschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einspaltige Millimeterzeile 8 Rpf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rpf. Nachlaß nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 294 — **Dienstag, den 18. Dezember 1934** — **89. Jahrgang**

Tagesschau.

* Auch heute wird in der Londoner Presse über die Folgen des Zwischenfalles in Saarbrücken ausführlich berichtet. Das Bedauern über das Geschehen ist ebenso allgemein, wie der Wunsch, daß das Verhältnis zwischen den Saarländern und den internationalen Truppen dadurch nicht getrübt werde.

* Nach Blättermeldungen aus Washington hat das Amt für nationale Hilfsquellen dem Präsidenten Roosevelt einen 25-Jahresplan unterbreitet, der eine Gesamtausgabe von 105 Milliarden Dollar (etwa 262,5 Milliarden Reichsmark) für öffentliche Arbeiten vorsieht.

* Den heutig. Verhandlungen der franz. Kammer über die Zusatzkredite von 800 Millionen Francs für das Heeresmaterial sieht man mit Interesse entgegen. Auf die französische Artillerie und Rüstungsfabrikation entfallen davon 615,5 Millionen Francs.

Die Botschafter Frankreichs in Warschau und in Moskau werden dieser Tage in Paris weilen. Die Blätter bringen diese Reisen mit den Ostpaktverhandlungen in Verbindung.

Die gerichtliche Voruntersuchung des Anschlages auf König Alexander und Außenminister Barthou ist so gut wie abgeschlossen.

* In Belgrad kam es am Montagabend zu einer großen italienfeindlichen Kundgebung der südslawischen Jugend, die ihre Kriegsbereitschaft betonte. Auf Mussolini wurden Schmährufe ausgerufen. Ein beabsichtigter Sturm auf die italienische Gesandtschaft konnte von einem starken Polizeiaufgebot verhindert werden.

* Demnächst wird vor dem Pariser Strafgericht ein großer Spionageprozeß stattfinden. 24 Personen sind der Spionage für Sowjetrußland angeklagt, von denen bisher allerdings nur 17 verhaftet werden konnten.

* In Warschau beginnt heute der Prozeß der Stadt Warschau gegen das Warschauer Elektrizitätswerk, das einer französischen Aktiengesellschaft gehört. Die Klage geht auf sofortige Lösung des Konzessionsvertrages, auf Uebergang des gesamten Eigentumes des Werkes an die Stadt und auf sofortige Ausweisung der französischen Gesellschaft aus allen ihren Gebäuden.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Wettrüsten zur See überall.

700 000 Tonnen Kriegsschiffe im Bau.

Von Konteradmiral a. D. Gadow.

Der englische Premierminister Macdonald hat sich, gegen seine wohlbekannte Einstellung, mit einer Verstärkung der englischen Rüstungen einverstanden erklären müssen. Die Luftwaffe hat bereits ihr Aufrüstungsprogramm erhalten: 37 neue Geschwader zu 10—12 Flugzeugen, 14 neue Flugplätze. Die Armee agitiert für Motorisierung und Aufstellung eines kriegsbereiten Expeditionskorps von 6 Divisionen und Schaffung eines Korps für Landesverteidigung, also einer Reserve-Armee. Vielleicht fällt ihr der nächste Abschnitt einer Wehrvorlage zu, vielleicht aber auch wird die Marine vorangehen, deren Bedürfnisse sich aus den mißglückten Flottenbesprechungen ergeben werden.

Die Haltung Englands hierbei darf als symptomatisch angesehen werden. Niemand kann ihm vorwerfen, daß es unter Macdonald Schrittmacher der Rüstungen gewesen sei. Die vorwärtstreibenden Kräfte liegen an ganz anderer Stelle, nämlich im Stillen Ozean und im Mittelmeer, bzw. an der französisch-atlantischen Küste. Rüstungen können sowohl ein Ausdruck bedrängter Sicherheit sein wie erobernder Tendenz, die Grenzen sind unscharf, das Urteil der anderen dazu wird stets verschieden sein vom eigenen. So spricht Japan von Herstellung seiner Sicherheit, wenn es Gleichberechtigung mit den großen Seemächten verlangt, d. h. die Sicherung seiner gegenwärtigen Seeherrschaft im ostasiatischen Winkel des Pazifik. Denn bei Waffengleichheit ist Japan in der Verteidigung überlegen, man wrd es nicht angreifen können. Aber solche Waffengleichheit und Seeherrschaft liefert ihm den Fernen Osten aus, die Mandschurei, China, die Philippinen, vielleicht die Sundainseln und Indien. Amerika weigert sich, solchen Zustand hinzunehmen, England muß ihn gleichfalls fürchten. Sehr große Wirtschaftsinteressen stehen auf dem Spiel, vielleicht Jahrzehnte möglicher Prosperität der abendländischen Industrieländer, die auf den Markt der fast 1000 Millionen Farbigen nicht zugunsten des japanischen Inselandes verzichten können und wollen. Die offene Tür? Mandschukuo geht bereits den Weg der Monopole, mit Oel fängt es an, der gesamte Außenhandel mag das Ziel sein. So rüsten die weißen Seemächte zur Wahrung ihrer Belange, auch sie sprechen von Sicherheit, der Asiate wird es Spät-Imperialismus nennen.

Und im Mittelmeer? Kein Annäherungsversuch zwischen Frankreich und Italien schafft die Rivalität aus der Welt, die sich in Rüstungen äußert. Hier das expandierende, rohstoff- und landhungrige Volk, dort das erhaltende Prinzip, Fafnir auf seinem Hort. Kleine Geschenke will man geben, hier eine kleine Grenzberichtigung am Wüstenrande, „freie Hand in Abessinien" (das vom Völkerbund garantiert ist), ein paar freundliche Worte zum Italiener-Statut in Tunis, aber nichts von Bedeutung. Frankreich baut Schlachtkreuzer unter dem Vorwand, sie gegen Deutschland zu benötigen. Aber der Italiener fühlt sich getroffen und erwidert mit Riesenschiffen, die jene in den Schatten stellen und auf Jahrzehnte hinaus Herren der See sein sollen. Wo liegt hier die Grenze zwischen Ehrgeiz und Sicherung? Und dann die unvermeidliche Rückwirkung: England fühlt sich berührt. Im Mittelmeer schon nicht mehr so stark vertreten, wächst ihm hier eine Gefahr heran. Den neuen Riesenschiffen von 35 000 Tonnen mit schwerstem Panzer und schwersten Geschützen bei hoher Geschwindigkeit hat es überhaupt nichts mehr entgegenzustellen, den französischen Schlachtkreuzern von 26 500 Tonnen nur einige (3) eigene Schlachtkreuzer, die aber bald ins 20. Lebensjahr treten. Am Kanal aber sieht es eine französische Flotte aufmarschieren, die gegen Deutschland gedacht sein mag, aber die Wirkung hat, bald die See zu beherrschen und damit die Atemwege der englischen Wirtschaft, die dichten Bündel von Dampferrouten, auf denen das Getreide, das Fleisch und Fett, das Oel und vieles andere hereinströmen soll. England zieht die Folgerungen. Bald werden die Aufträge an die Werften hinausgehen und Hammerschlag für Kriegsschiffe wird wieder erdröhnen, wo die Weltkrise den friedlichen Schiffbau zum Verstummen gebracht hat.

Es befanden sich am 1. Februar 1934 in der Welt über 550 000 Tonnen Kriegsschiffe im Bau, das ist etwa der heutige Bestand einer großen Seemacht wie Frankreich. Heute sind es schon über 700 000 Tonnen. In Amerika baut man fast die Hälfte davon, man rüstet auf bis zu den geltenden Vertragsgrenzen, mit gutem Recht dem Buchstaben nach. An die 52 Kriegsschiffe waren Anfang 1934 im Bau, schwere und leichte Kreuzer, Zerstörer, Flugzeugträger, U-Boote, 24 sind noch dazu gekommen. Bis 1939 soll ein Gesamtprogramm von über 400 000 Tonnen fertiggestellt sein. Japan hat seine Vertragsgrenzen immer scharf ausgeschöpft, es braucht nur Ueberaltertes zu ersetzen, sein diesjähriger Baubestand ist nicht bedeutend mit 2 Kreuzern, 4 Zerstörern, 6 U-Booten, 4 Torpedobooten usw., etwa der gleiche Betrag ist bewilligt. Auch England hat sich noch zurückgehalten, seine eigentliche Kraftanstrengung steht noch bevor. Im Bau sind: 10 Kreuzer, 27 Zerstörer, 9 U-Boote und einiges kleinere Zeug, an sich schon eine ganz hübsche Flotte, absolut betrachtet. Frankreich ist auch nicht müßig mit 6 Kreuzern, 7 Flottillenbooten, 15 U-Booten und vielem anderen, vor allem aber 2 Großkampfschiffen, deren Baubeginn als das eigentlich auslösende Moment für die neue Unruhe in den europäischen Gewässern anzusehen ist. Italien hat sie, wie bemerkt, als Herausforderung aufgefaßt und mit jenen beiden Riesenschiffen beantwortet, wie es das Gesetz des friedlosen Zustandes nun einmal ist. Sein sonstiges Bauprogramm umfaßt: 6 Kreuzer, 8 Zerstörer und 22 U-Boote. Zwei starke englische Hoffnungen, die Abschaffung der U-Boote und die Herabsetzung der Schiffsgrößen, sind durch Frankreich—Italien zunichte gemacht, auch Japan sieht das U-Boot als reine „Verteidigung" an und in Amerika will man von kleineren Linienschiffen auch nichts wissen, so wenig wie von der Abschaffung des Flugzeugträgers, die Japan verlangt, da er das notorische Angriffsinstrument des heutigen großorganischen Seekrieges sei. Im übrigen, wer wird sich noch über „Verteidigungs-" und „Angriffswaffen" streiten, nachdem ein australischer Delegierter in Genf 1933 bewies, daß auch Großkampfschiffe „nur zur Verteidigung" da seien. —

Nach dem „Economist" sind die Marineausgaben der fünf größten Seemächte — also ohne Rußland und Deutschland, die keine nennenswerten Etats haben — seit 1912 von 105 Mill. Pfund auf 191 Mill. Pfund gestiegen. Das sind rund 4 Milliarden Reichsmark in Goldwährung. Was wird eine spätere Geschichtsschreibung von einer Zeit halten, die einen Weltkrieg führte, um Frieden u. Demokratie zu sichern, und dafür mit einer Weltkrise und einer Prämie von solcher Höhe zu bezahlen hatte?

Ein amerikanischer 25-Jahrplan.

105 Milliarden Dollars Ausgaben für öffentliche Arbeiten.

London, 18. Dezember. (Eig. Funkmeldg.) Nach Blättermeldungen aus Washington hat das Amt für nationale Hilfsquellen dem Präsidenten Roosevelt einen 25-Jahrplan unterbreitet, der eine Gesamtausgabe von 105 Milliarden Dollars (etwa 262,5 Milliarden Reichsmark) für öffentliche Arbeiten vorsieht. Die Annahme des Planes wird abhängen

1. von der Bereitwilligkeit des Präsidenten, die Vorschläge ganz oder teilweise anzunehmen,
2. von der Haltung des Kongresses und
3. von der Art der Finanzierung des Planes.

Die Geldaufwendungen sollen in vier Richtungen erfolgen. Die Pläne des Ausschusses, dessen Vorsitzender der Innenminister Eckes ist und dem fünf weitere Kabinettsmitglieder angehören, beziehen sich auf Wasser, Mineralschätze und Organisation. Unter anderem wird darin vorgeschlagen: Jedes Jahr sollen 5 Millionen Acres (etwa 8 Millionen Morgen) verhältnismäßig wenig ergiebigen Landes unausgenutzt gelassen werden.

Neue landwirtschaftliche Gebiete sollen erschlossen werden.

Eine Bundeskontrolle über Weideland soll eingerichtet werden.

Die Gebiete der staatlichen Forsten und der nationalen Parks sollen erweitert werden.

Die Wasserkräfte des Landes sollen intensiver ausgenutzt werden. Die Ueberschwemmungsgefahr soll beseitigt werden. Die Gewinnung der Bodenschätze soll unter öffentliche Aufsicht gestellt werden.

Schließlich sollen noch ständige amtliche Stellen für öffentliche Arbeiten für das Land, für das Wasser und für die Mineralschätze gebildet werden.

Die „New York Herald Tribune" sagt, der ganze Plan ziele darauf ab, dem amerikanischen Volke eine unabänderliche Wohlfahrt zu geben.

Vor einem großen Spionageprozeß in Paris.

34 Personen der Spionage für Sowjetrußland angeklagt.

DNB. Paris, 18. Dez. (Eig. Funkmeldg.) Nach einjährigen Bemühungen ist die Voruntersuchung in einem Spionagefall abgeschlossen worden, der demnächst vor dem Pariser Strafgericht zur Verhandlung kommen wird. Insgesamt sind 34 Personen der Spionage für Sowjetrußland angeklagt worden, von denen bisher allerdings nur 17 verhaftet werden konnten. Die meisten Angeklagten tragen jüdische Namen. Die Angelegenheit wurde aufgerollt durch die Verhaftung eines amerikanischen Ehepaares namens Switz im Dezember 1933.

Rüstungsaussprache im französischen Senat

Phantasien über die deutsche Heeresstärke.

DNB. Paris, 18. Dez. Im Verlauf der Haushaltsberatung des Senats kam es Montag abend bei der Erörterung des Postens des Kriegsministeriums zu einer grundsätzlichen Aussprache, bei der Senator Lemery für die Notwendigkeit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit eintrat, während Ministerpräsident Flandin aus außenpolitischen Rücksichten die Aufrollung dieser Frage vermieden wissen wollte.

Als Berichterstatter gab Senator Sarl die kürzlich in der französischen Presse genannten Ziffern der Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs — angeblich 600 000 für Deutschland (!) und 460 000 für Frankreich — an. Zu den genannten 600 000 Mann, die Deutschland aufstellen könnte, zählte der Berichterstatter außerdem noch 700 000 Mann, die ausgebildet sein sollen und aufgeboten werden könnten (!), ferner 1 400 000 Reservisten gesetzteren Alters (!) und 1 Million Mann als Mitglieder der halbmilitärischen Verbände.

*

Mit dieser gefälschten Darstellung der wirklichen Heeresstärke Frankreichs und Deutschlands will man die zweijährige Dienstzeit durchdrücken. Die im französischen Senat angegebenen Ziffern sind derart lächerlich, daß es sich nicht lohnt, dieser bewußt falschen Darstellung einige Worte ernsthafter Kritik zu widmen.

Senator Lemery befürwortete eifrig die Erhöhung der Militärdienstzeit auf 2 Jahre und trat auch für das Militärbündnissystem ein.

Bemerkenswert war die vorsichtig ausweichende Antwort des Ministerpräsidenten Flandin. Dieser erklärte, daß man der Zukunft nicht vorgreifen dürfe. Lemery hat aber